

Verlängerung bis mindestens 2050

Im Zwischenlager Brokdorf muss radioaktiver Abfall noch länger liegen

BROKDORF Die Genehmigungen für Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle sind in Deutschland auf 40 Jahre befristet. Demnach würde die Genehmigung für das Zwischenlager Brokdorf, das von der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung betrieben

wird, im Jahr 2047 auslaufen. Doch noch gibt es für hochradioaktive Abfälle in Deutschland kein Endlager, mit dem sei erst ab dem Jahr 2050 zu rechnen. Das bedeutet für Brokdorf eine mindestens dreijährige Verlängerung der Genehmigung. Wie

die Vorbereitungen dazu ablaufen und welche Erkenntnisse das bundeseigene Unternehmen in einem eigens dafür aufgestellten Forschungsprogramm gewonnen hat, darüber informierte die BGZ in einer öffentlichen Veranstaltung.

Zirka 30 Interessierte kamen dazu am Donnerstagabend ins Brokdorfer Hotel Sell. Bürgermeisterin Elke Götsche machte gleich zu Beginn bei der Begrüßung deutlich: „Unsere Gemeinde vertritt den Standpunkt, nur eine zeitlich begrenzte Verlängerung zu genehmigen.“

Sie betonte hinsichtlich der Schaffung eines atomaren Endlagers: „Wir werden die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung lassen.“ Der BGZ als Veranstalterin dankte sie für die öffentliche Information über das Brokdorfer Zwischenlager und die Vorstellung des Forschungsprojekts der BGZ hinsichtlich einer möglichen Verlängerung der Zwischenlagerung atomarer Abfallbehälter in dem Gebäude in direkter Nachbarschaft zum Kernkraftwerk Brokdorf.

Abgebrannte Brennstäbe vornehmlich aus Brokdorf werden dort lagern. Momentan stehen 35 Behälter im Zwischenlager, informierte der Leiter des Brokdorfer Zwischenlagers Sandro Ringel. Die Zahl wird auf insgesamt 75 Behälter steigen, zusätzlich der sieben zu erwartenden Behälter aus Sellafield. Auf die zeitliche Schiene aus dem Publikum angesprochen, geht Sandro Ringel nicht von vor dem Jahr 2026 aus.

Ausgerichtet sei die Kapazität des Zwischenlagers auf insgesamt 100 Stellplätze.

„Wir werden die Stellplätze hier am Standort nicht ausreizen“, sagte er. Ringel gab einen Überblick über aktuelle Projekte am Standort, erläuterte die Planungen für die in diesem Jahr genehmigte Nachrüstung des Zwischenlagers. Zurzeit sind dort 16 Mitarbeiter beschäftigt, die Belegschaft werde aber auf 20 bis 24 Mitarbeiter wachsen, kündigte Ringel an. Nächste Maßnahmen seien eine zusätzliche Schutzwand, eine neue Zaunanlage und ein Durchfahrerschutz auf dem Weg zur Entkoppelung vom Kernkraftwerk. Ringel sagte: „Wir stellen uns autark auf.“

Um auf die Verlängerung der Genehmigung des Zwischenlagers vorbereitet zu sein, hat die BGZ ein Forschungsprogramm aufgelegt, das Jörn Becker, Leiter der Abteilung Zentrale Fachfragen, den Besuchern vorstellte. Anschaulich stellte er dar, wie vorgegangen wurde, um unter anderem Erkenntnisse über das Langzeitverhalten der Brennelemente zu erlangen und mit Langzeituntersuchungen die Sicherheit der Behälterdichtungen zu prüfen. Dabei befinde sich die BGZ auch im engen Austausch mit nationalen und internationalen Universitäten und Unternehmen, die auf diesem Gebiet experimentieren.

Bürgermeisterin Elke Götsche lobte abschließend die Zusammenarbeit mit der BGZ vor Ort und die Dialogbereitschaft zu allen relevanten Themen. „Ich begrüße die proaktive Kommunikation und die klare Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Fragen vor Ort“, betonte sie.